

dieser. Das zeigt sich vor allem in den zunehmenden innerparteilichen Auseinandersetzungen und Zerfallserscheinungen, die z. T. bereits offen zu Tage treten und die sich ständig vertiefende Kluft zwischen den Parteiführungen und dem Willen breiter Kreise der Mitglieder widerspiegeln. Es sei hier als Beispiel nur auf das Auftreten Ernst Lemmers in der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages hingewiesen.

In diesen Zusammenhang gehören auch die Machenschaften der deutschen und amerikanischen Imperialisten zur Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterbewegung und zur Erhaltung der Unterstützung ihres politischen Systems durch eine sozialdemokratische Parteiführung, die die Geschäfte der Adenauerclique besorgt, sie durch eine Scheinopposition stützt und damit die SPD in den Staatsmechanismus des Adenauerstaates einbezieht.

Walter Ulbricht erklärte auf der 8. Tagung des ZK der SED:

„Die Adenauerregierung ist der Meinung, daß sie ihre Position nur halten kann, wenn es gelingt, die Arbeiter-schaft zu spalten. Deshalb unternimmt sie große Anstren-gungen, um die Führer des deutschen Gewerkschaftsbun-des, die Fette, vom Hoff usw., sowie die sozialdemokra-tische Führung vor den Wagen der Remilitarisierung zu spannen. Einige rechtssozialdemokratische Führer erhalten Posten in Aufsichtsräten kapitalistischer Unternehmen, und auch in der Stelle ‚Blank‘, dem künftigen Kriegs-ministerium, sollen einige Posten für Anhänger der SPD freigehalten werden“¹⁵).

Diese Politik kann die Adenauerclique nur betreiben, solange die sozialdemokratische Parteiführung kein anderes Ziel verfolgt, als — wie Walter Ulbricht sagte — die schon abgenutzte und diskreditierte Adenauer-regierung durch eine Koalitionsregierung zu ersetzen, die die gleiche Politik mit anderen Personen und anderen Phrasen fortsetzt. Die Erhaltung einer solchen sozialdemokratischen Parteiführung ist für die aggressiven amerikanischen und deutschen Imperialisten unerläßlich, wenn sie trotz des wachsenden Volkswiderstandes ihre politischen Absichten weiter verfolgen wollen. Stalin wies bereits 1924 auf den engen Zusam-menhang zwischen den Faschisierungsbestrebungen der reaktionärsten Teile der Finanzoligarchie und der Rolle gewisser als Agenten der Imperialisten auf-tretender rechter sozialdemokratischer Führer hin. Er wies bereits damals nach, daß sozialdemokratische Par-teien, die der Politik solcher Parteiführer folgen, und faschistische Organisationen der Bourgeoisie nicht Anti-poden, sondern Zwillinge sind, und daß der politische Block zwischen derartigen Kräften unter bestimm-ten Bedingungen die Voraussetzung für die Macht der Monopolbourgeoisie ist¹⁶).

Es ist bekannt, daß es der deutschen imperialistischen Bourgeoisie nach dem 1. Weltkrieg gelungen ist, die rechte Sozialdemokratie zu einem gut funktionieren-den Teil ihrer Staatsmaschinerie zu machen und sich so den Weg in den Faschismus zu ermöglichen. Sie hat dies selbst in einer sehr offenen Erklärung der Privat-korrespondenz des Reichsverbandes der deutschen In-dustrie, in den sogenannten „Führerbriefen“, vom August 1932 zum Ausdruck gebracht. Dort hieß es:

„Dieser letzte oder ‚Grenzträger‘ der bürgerlichen Herr-schaft war in der ersten Periode der Nachkriegskonsolidie-rung die Sozialdemokratie. . . . Vermöge ihres sozialen Charakters als originäre Arbeiterpartei brachte die Sozial-demokratie in das System der damaligen Konsolidierung Über ihre rein politische Stoßkraft hinaus das viel wert-vollere und dauerhaftere Gut der organisierten Arbeiter-schaft ein und verkettete diese unter Paralisierung ihrer revolutionären Energien fest mit dem bürgerlichen Staat. Da zudem die sozialdemokratische Ummünzung der Revo-lution in Sozialpolitik zusammenfiel mit der Verlegung des Kampfes aus den Betrieben und von der Straße in das Parlament, die Ministerien und die Kanzleien, d. h. mit der Verwandlung des Kampfes ‚von unten‘ in die Siche-rung ‚von oben‘, waren fortan Sozialdemokratie und Ge-werkschaftsbürokratie, mithin aber auch der gesamte von ihnen geführte Teil der Arbeiterschaft, mit Haut und Haaren an den bürgerlichen Staat und ihre Machtbetei-ligung an ihn gekettet.“

Es ist offensichtlich, daß die Adenauerclique heute im Auftrag der amerikanischen und deutschen Impe-rialisten denselben Weg zu gehen versucht, wobei sie ¹⁵

sich auf Politiker wie Schumacher stützt. Diese un-mittelbare Bedeutung der Rolle der SPD-Führung für den Bestand des Adenauerstaates zeigt sich deutlich in dem Zusammenspiel Adenauers mit der SPD-Führung bei den Auseinandersetzungen über die Annahme des Schumanplanes und des Generalvertrages. Der natio-nale Verrat Adenauers und seine Unterdrückungsmaß-nahmen gegen die KPD und die anderen demokratischen Kräfte in Westdeutschland wären unmöglich, wenn sie durch die offizielle SPD-Politik nicht zumindest geduldet würden. Andererseits beweisen aber die sich jetzt zu-nehmend vertiefenden Auseinandersetzungen innerhalb der SPD und die sich in den unteren Organen der Partei verstärkende Bereitschaft der Mitglieder zur Aktions-einheit mit der KPD, daß der für die Existenz des Aden-auerregimes notwendige Spaltungsmechanismus gegen die Arbeiterbewegung nicht mehr einwandfrei funk-tioniert. Gerade darin aber liegt die stärkste Wurzel der zunehmenden politischen Krise des Adenauer-regimes. Breite Massen der Mitglieder der SPD sind nicht mehr bereit, den nationalen Verrat der Adenauer-regierung zu dulden. Sie begreifen, welche Entwicklung in Westdeutschland durch den Versuch, zuerst die KPD zu unterdrücken, eingeleitet werden soll. Sie verstehen den Hinweis der KPD in der Antwort auf den Verbots-antrag:

„Der Verbotsantrag gegen die KPD ist eine War-nung an alle patriotischen und demokratischen Kräfte unseres Volkes. Mit einer ähnlichen Be-gründung, wie sie heute von der Bundesregierung gegen die KPD vorgebracht wird, hat das Hitler-regime nicht nur die KPD, sondern ebenso die SPD und danach die bürgerlichen Parteien verboten und blutig unterdrückt.“

Eine der entscheidenden politischen Aufgaben in Westdeutschland ist daher heute der Kampf um die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Gelingt es, sie herzustellen, so ist ein wesentlicher Be-standteil aus dem Staatsmechanismus des Adenauer-staates herausgebrochen.

2. Der Verbotsantrag der Adenauerregierung gegen die KPD mit allen seinen Begleiterscheinungen zeigt alle jene spezifischen Besonderheiten des Imperialis-mus, die Lenin mit folgenden Worten kennzeichnete:

„Die Epoche der Schaffung der bürgerlichen Gesetzlich-keit wird von der Epoche großer revolutionärer Schlachten abgelöst werden, wobei diese Schlachten im Grunde ge-nommen die ganze bürgerliche Gesetzlichkeit, die bürger-liche Ordnung sprengen werden, aber der Form nach be-ginnen müssen mit den Anstrengungen der Bourgeoisie, sich von dieser von ihr geschaffenen und für sie unerträg-lich gewordenen Gesetzlichkeit zu befreien,“^{ff})

Welche gesellschaftlichen Vorgänge liegen dieser für den Imperialismus charakteristischen Erscheinung zu-grunde?

Jede Klasse, die ihre Herrschaft in der Gesellschaft begründet, die sich ihren Staat schafft, damit dieser die ihrer Herrschaft zugrunde liegende ökonomische Struktur schützt und ihr aktiv dient, muß — angesichts der unlösbaren Verbindung von Staat und Recht — eine für sie spezifische Gesetzlichkeit entwickeln. Stalin hat diesen Prozeß der Herausbildung einer neuen Ge-setzlichkeit im Hinblick auf die Entstehung des Sowjet-staates als des ersten sozialistischen Staates der Welt in seiner Unterredung mit dem amerikanischen Schrift-steller H. G. Wells mit den Worten charakterisiert:

„Die neue Macht schafft eine neue Gesetzlichkeit, eine neue Ordnung, die eine revolutionäre Ordnung ist.“¹⁸)

So hat einst die Bourgeoisie mit der Ergreifung der politischen Macht die ihr spezifische Gesetzlichkeit ge-schaffen. Sie diente den Interessen der Bourgeoisie unter den Bedingungen des Kapitalismus der freien Konkurrenz, sicherte ihre Herrschaft unter diesen Be-dingungen und war — historisch gesehen — ein gesell-schaftlicher Fortschritt gegenüber der feudal-absolu-tistischen Willkür. Diese bürgerliche Gesetzlichkeit war vor allem gekennzeichnet durch die juristische Gleich-heit der Staatsbürger, durch die formalen bürgerlichen Freiheitsrechte und durch die formale bürgerliche De-mokratie. Sie war unter den damaligen Bedingungen

¹⁵) a. a. O.

¹⁶) Sämtliche Werke, Bd. VT, S. 282, russ.

^{ff}) Lenin, zitiert bei J. Seidin in „Juristen für den Frieden“, Deutscher Zentralverlag, Berlin 1951, S. 242.

¹⁸) Fragen des Leninismus, Moskau 1938, S. 833.